

15.03.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Heimat und Kommunales

zu dem
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6379

Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie bei der Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte und des kommunalen Mitspracherechts bei der Zuweisung des Landes an die Kommunen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz

Berichterstatter

Abgeordneter Guido Déus

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drucksache 18/6379 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf, Drucksache 18/6379, wurde durch das Plenum am 25. Oktober 2023 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Integrationsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Die den Gesetzentwurf einbringende Fraktion der AfD sieht den Bedarf einer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess über die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, der Stärkung des Instruments des Ratsbürgerentscheids, der Einführung eines verpflichtenden Ratsbürgerentscheids bei der beabsichtigten Inbetriebnahme einer (kommunalen) Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge, der Aussetzung der Zuweisung von Flüchtlingen an Kommunen auf unbestimmte Zeit im Falle der Erschöpfung der Unterbringungskapazitäten sowie der Übernahme der Kosten der Unterbringung und Versorgung in den Landes-einrichtungen in Fällen einer Aussetzung der Zuweisungen durch das Land. Dazu soll mit dem vorgelegten Gesetzentwurf eine Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie des Flüchtlingsaufnahmegesetzes herbeigeführt werden.

B Beratung

Der Ausschuss für Heimat und Kommunales hat zum 23. Februar 2024 eine ausschließlich schriftliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt, über die der mitberatende Integrationsausschuss informiert worden ist.

Den kommunalen Spitzenverbänden wurde zwischenzeitlich bereits gemäß § 58 GO LT NRW Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben. Die Antwort der kommunalen Spitzenverbände liegt als Stellungnahme 18/1098 vor und fand bei der schriftliche Anhörung Berücksichtigung.

Zur schriftlichen Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	18/1098
Christof Sommer Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	

Urheber/in	Stellungnahme
Dr. Christoph Gohl Weltethos-Institut An-Institut der Universität Tübingen Tübingen	18/1285 (Neudruck)
Bernd Essler Verein für Kommunalpolitik NRW e.V. Düren	18/1277

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Heimat und Kommunales am 15. März 2024, daran schloss sich unmittelbar die abschließende Beratung und Abstimmung an (vgl. Ausschussprotokoll 18/534).

Der mitberatende Integrationsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 6. März 2024 abschließend mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der AfD befasst. Er wurde bei der Gelegenheit mit dem Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Über den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 18/6379, wurde im federführenden Ausschuss für Heimat und Kommunales am 15. März 2024 abgestimmt. Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, FDP sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

C Ergebnis

Der federführende Ausschuss für Heimat und Kommunales empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 18/6379, abzulehnen.

Guido Déus
 Vorsitz